Landeshauptstadt
München

# Rathaus Umschau

**Mittwoch, 29. Oktober 2008**
Ausgabe 208

## Inhaltsverzeichnis

**Terminhinweise** **2**
**Bürgerangelegenheiten** **2**
**Meldungen** **3**
› Kultureller Ehrenpreis 2008 an Dietrich Fischer-Dieskau 3
› Münchner Ferienpass gilt bis einschließlich 7. November 4
› Vorgezogene Anmeldung für das Kindergartenjahr 2009/2010 5
› Führung in der Ausstellung „Das Leben der Dinge“ 5
› Ausstellung und Vernissage in der Stadtbibliothek Moosach 6

**Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat** **7**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

# Terminhinweise

Wiederholung
**Donnerstag, 30. Oktober, 11.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses**
Bürgermeisterin Christine Strobl begrüßt die rund 350 jungen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten, die in den Dienst in München übernommen werden.

Wiederholung
**Donnerstag, 30. Oktober, 13 Uhr, Pasinger Heuweg 58**
Nach der Begrüßung durch die Leiterin des Kindergartens, Angela Huss, hält Stadtrat Christian Müller (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters die Festrede zur Einweihungsfeier des neuen städtischen Kindergartens am Pasinger Heuweg 58. Karl Lux, Leitender Baudirektor, informiert über die bautechnischen Aspekte des Gebäudes. Im Anschluss spricht der Vertreter der Stadtschulrätin, Dr. Josef Tress. Die Einrichtung bietet Platz für 75 Kindergartenkinder in drei Gruppen. Die Veranstaltung wird umrahmt von Darbietungen der Kinder.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

**Sonntag, 2. November, 10 Uhr,**
**Franziskanerkloster St. Anna, St.-Anna-Straße 19**
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht nach dem Pontifikalgottesdienst bei der Einweihung des neu gestalteten Franziskanerklosters St. Anna im Münchner Stadtteil Lehel. Nach zweieinhalb Jahren großer Umbaumaßnahmen erstrahlt das Haus in neuem Glanz und will mit Leben erfüllt werden: als Stadtkloster, als Pfarrkloster der Gemeinde St. Anna, als künftige Zentrale der Franziskaner von Deutschland, Treffpunkt von Franziskanern aus aller Welt, als geistliche Insel mitten im Trubel der Stadt, als Ort für Gottesdienste und Vorträge, als Mittelpunkt anspruchsvoller Kirchenmusik, als Beichtzimmer, als Sprechzimmer und als Zufluchtsort für Obdachlose und Arme.

# Bürgerangelegenheiten

**Mittwoch, 5. November, 16.30 bis 18 Uhr,**
**Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 6 (Sendling) mit dem Vorsitzenden Günter S. Pelkowski.

# Meldungen

**Kultureller Ehrenpreis 2008 an Dietrich Fischer-Dieskau**

(29.10.08) Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, Professor Dietrich Fischer-Dieskau mit dem Kulturellen Ehrenpreis der Landeshauptstadt München 2008 auszuzeichnen. Mit dem Preis wird jährlich eine Persönlichkeit von internationaler Ausstrahlung für ihre kulturellen beziehungsweise wissenschaftlichen Leistungen ausgezeichnet. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Die Vollversammlung entsprach damit dem Vorschlag der Jury, der in diesem Jahr angehörten: Professor Dr. Dieter Borchmeyer, Akademie der Schönen Künste; Dieter Dorn, Intendant Residenztheater; Professor Dr. Florian Hufnagl, Neue Sammlung/Pinakothek der Moderne; Gabriele Pfennigsdorf, FilmFernsehFonds Bayern; Dr. Uwe Timm, Schriftsteller; sowie Oberbürgermeister Christian Ude, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Stadtratsmitglieder Dr. Ingrid Anker und Michael Leonhart (beide SPD), Richard Quaas und Walter Zöller (beide CSU) und Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Begründung der Jury:

*„Der Name Fischer-Dieskau steht nicht nur für den universalsten Sänger in der Geschichte der deutschen Musik und eine der großen Musikerpersönlichkeiten des vergangenen Jahrhunderts, sondern für einen Künstler, der ein halbes Jahrhundert lang das Münchner Opern- und Konzertleben auf unvergessliche Weise mitgeprägt hat. Die Zahl seiner Schallplattenaufnahmen – nahezu ein halbes Tausend – macht ihn als Sänger zum absoluten König in der Geschichte dieses Mediums. Dass er überdies neben der zeitverschlingenden Konzert-, Opern- und Schallplattentätigkeit die Muße gefunden hat, über zehn Bücher zu publizieren, ist nur durch die rigorose Lebensdisziplin dieses sich allem Glamour der Eventkultur entziehenden Künstlers zu erklären.*

*Fischer-Dieskau verkörperte nach dem Krieg in den Augen der Welt wie kein anderer Musiker das bessere Deutschland, er hat mit seinen Liedprogrammen – als der unzweifelhaft bedeutendste Liedinterpret des 20. Jahrhunderts, dessen Repertoire rund dreitausend Lieder von etwa hundert Komponisten umfasst – der von den Nazis geschändeten deutschen Sprache in den Ohren vieler ausländischer Hörer ihre Unschuld wiedergegeben. Seine Sängerlaufbahn – als einer der hervorragendsten, wenn nicht der hervorragendste Vertreter seines Stimmfachs in der Geschichte der Gesangskunst – beendete er nach 45 Jahren in seiner Wahlheimat München: im Silvester-Konzert der Bayerischen Staatsoper 1992 mit der Schlußszene von Verdis ‚Falstaff'.*

*Fischer-Dieskaus Repertoire umfasst - mit notorischer Stilsicherheit – nahezu alles, was ein lyrischer Bariton auf der Opernbühne und im Konzert singen kann, sämtliche Epochen der Musikgeschichte von Heinrich Schütz bis Aribert Reimann. Sein besonderes Verdienst ist der unablässige Einsatz für die zeitgenössische Musik.*
*Allein eine alphabetische Liste der Komponisten, deren Werke Fischer-Dieskau uraufgeführt hat, bietet ein repräsentatives Stück Musikgeschichte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. München hat allen Anlass, stolz auf diesen, ‚seinen' Künstler zu sein."*
Den Preis wird Oberbürgermeister Christian Ude voraussichtlich am 26. Januar 2009 im Rahmen einer geschlossenen Festveranstaltung übergeben. Nähere Infos unter presse.kulturreferat@muenchen.de oder telefonisch unter 2 33-2 60 05.

**Münchner Ferienpass gilt bis einschließlich 7. November**
(29.10.2008) Nachdem das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im vergangenen Jahr die Ferienordnung geändert hat, geht auch der Münchner Ferienpass bis einschließlich 7. November in die Verlängerung. In diesem Zeitraum gelten alle Aktionen des Ferienpasses weiterhin und die Passbesitzerinnen/Passbesitzer können wie gehabt auch das Wochenende vor und nach den Herbstferien kostenfrei in den Münchner Hallenbädern abtauchen, fast alle Museen umsonst besuchen oder verbilligt ins Kino gehen.
Neben den allgemeinen Vergünstigungen bietet der Ferienpass auch in diesen Herbstferien wieder abwechslungsreiche Kurse und Führungen. Wer beispielsweise Bühnenluft schnuppern und in die Kostüme von Froschkönig, Hans im Glück oder Dornröschen schlüpfen möchte, kann vom 3. bis 7. November den Workshop „Kindliches Schauspiel mit Märchen" belegen. Am 3. November lädt der Bayerische Rundfunk Zehn- bis 14-Jährige zu einer kostenlosen Führung durch das Fernsehstudio in Unterföhring ein. Und am 4. November können Acht- bis Zwölfjährige das geschäftige Treiben der Obst- und Gemüsebranche in der Münchner Großmarkthalle erleben. Das Museum Mensch und Natur veranstaltet am 5. November einen Aktionstag zum Thema „Wenn die Erde Feuer spukt". Nach einem Kurzfilm über Vulkanausbrüche gießen die Neun- bis 13-Jährigen selbst ein Vulkanmodell und lassen dieses Feuer spucken.

**Vorgezogene Anmeldung für das Kindergartenjahr 2009/2010**
(29.10.2008) Das Schul- und Kultusreferat bietet den Münchner Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder bereits ab Oktober 2008 für das Kindergarten- und Schuljahr 2009/2010 anzumelden. So können, allerdings nur nach telefonischer Terminabsprache mit den Einrichtungen, Kinder für Plätze in den städtischen Kindergärten, Horten und Kooperationseinrichtungen in den Sprechstunden der Einrichtungen angemeldet werden. Die Sprechzeiten sind jeweils am Dienstag – außer in den Ferien – von 16 bis 18 Uhr. Das Schulreferat möchte mit dieser gut fünf Monate dauernden Einschreibezeit den Eltern eine Anmeldung ohne Zeitdruck ermöglichen.
Bis zum Tag der allgemeinen Einschreibung (in der Regel ist dies der erste Dienstag im März, für das kommende Kindergartenjahr also der 3. März 2009) spielt der Zeitpunkt der Anmeldung bei der Platzvergabe keine Rolle. Dies bedeutet, dass eine frühere Anmeldung keinen Vorteil bei der Einteilung in die Dringlichkeitsstufen und somit bei der Platzvergabe ergibt.
Die alljährlich erscheinende Broschüre über die Kindertageseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Schulreferats informiert über Kontaktdaten und Anmeldetermine. Sie ist an den üblichen Auslagestellen (zum Beispiel Stadt-Information, Stadtteilbibliotheken, Sozialämter usw.) erhältlich und kann außerdem von der Internetseite *www.muenchen.de/schulreferat/veroeffentlichungen* heruntergeladen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Einrichtungen (pädagogisches Konzept, Räumlichkeiten, besondere Angebote) bietet die städtische „Datenbank Kindertageseinrichtungen" im Internet unter *www.muenchen.de/kinderbetreuung*.
An den meisten der städtischen Einrichtungen wird außerdem ein Tag der offenen Tür angeboten. Die Termine können bei der jeweiligen Kindertagesstätte erfragt werden.

**Führung in der Ausstellung „Das Leben der Dinge"**
(29.10.2008) Mit 150 ausgewählten Originalabzügen aus der Sammlung Siegert gibt die Ausstellung „Das Leben der Dinge" erstmals einen Ein- und Überblick in die Idee vom Stillleben in der Fotografie. Der Münchner Regisseur und Produzent Dietmar Siegert, der bis heute eine der international bedeutendsten Privatsammlungen der Fotografie des 19. und 20. Jahrhunderts aufgebaut hat, wird am Samstag, 1. November, um 15 Uhr durch die Ausstellung im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, führen. Treffpunkt ist im Foyer. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

**Ausstellung und Vernissage in der Stadtbibliothek Moosach**

(29.10.2008) Vom 4. bis 28. November zeigt der polnische Künstler Witek Okon seine Werke in der Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61 a, Telefon 30 90 54 79-0. Geboren 1949 in Westpolen, wohnt der Maler seit seiner Kindheit in Oberschlesien. In den Jahren 1969 bis 1980 studierte er Malerei in verschiedenen Ateliers in Polen. Dieser sehr naturbezogene Künstler schafft in seinen von innerem Licht erfüllten Bildern reine, ideelle Gestalten und märchenhafte, nachdenklich stimmende Landschaften. Es ist eine Begegnung, bei der sich Fantasie und Realität vermischen. Witek Okon nahm an zahlreichen individuellen und Gemeinschaftsausstellungen im In- und Ausland teil. Seine Arbeiten befinden sich in öffentlichen Institutionen und privaten Sammlungen. „Die Werke von Witek Okon entstammen zwei malerischen Traditionen. Der Bezug auf die Kunst von Henri Rousseau, der ideale Blumenstrauß von Jan Brueghel sind in floristischen Kompositionen gut lesbare Spuren. Andere Arbeiten des Künstlers zeigen jedoch, dass der gemeinsame Nenner für das Schaffen von Okon die Verbindung des Realen mit einer imaginären Vorstellung ist", schreibt die Kunsthistorikerin Eliza Ptaszynska. Die Vernissage findet am 4. November um 19.30 Uhr statt. Die Ausstellung ist während der üblichen Öffnungszeiten der Bibliothek zu besuchen: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 19 Uhr, am Mittwoch von 14 bis 19 Uhr.

# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

## Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 29. Oktober 2008

**Sicherheit im Bereich der MVG I**
**Den Worten endlich Taten folgen lassen!**
Antrag Stadträte Michael Kuffer und Josef Schmid (CSU)

**Sicherheit im Bereich der MVG II**
**Mobilfunkversorgung der U-Bahn nicht mehr auf die lange Bank schieben!**
Antrag Stadträte Michael Kuffer und Josef Schmid (CSU)

**Sicherheit im Bereich der MVG III**
**Kriminalitäts- und Gefährdungsschwerpunkte erkennen**
Antrag Stadträte Michael Kuffer und Josef Schmid (CSU)

**Verkehrsgutachten für die Schnittstelle der Stadtteile Untermenzing und Moosach**
Antrag Stadtrats-Mitglieder Josef Schmid, Tobias Weiß und Mechthilde Wittmann (CSU)

**Impressum:** Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion der CSU im Stadtrat
der Landeshauptstadt
München

80331 München
Rathaus, Zimmer 249 / II
Telefon 233 – 9 26 50
Telefax 2 91 37 65
csu-fraktion@muenchen.de

Stadtsparkasse München
Konto 2 196 (BLZ 701 500 00)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

**Antrag**
29.10.08

## Sicherheit im Bereich der MVG I
Den Worten endlich Taten folgen lassen!

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die in der Sitzungsvorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsausschuss am 15.01.2008 vom Oberbürgermeister und der MVG angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Bereich der MVG werden unverzüglich umgesetzt.

   Darin versprach der Oberbürgermeister den Münchnern im Januar:

   - die Video-Ausrüstung von 31 weiteren Bussen „*in den nächsten Monaten*“;
   - den „*Serienumbau*“ aller U-Bahnwagen und Trambahnen mit einer Video-Ausrüstung, der „*noch im Jahre 2008 zu beginnen und bis 2010 zu beenden*“ ist;
   - den „*Ausbau der stationären Sprechstellen (und deren Videoüberwachung) insbesondere im Bereich der Sperrengeschosse*“;
   - die personelle „*Verstärkung der U-Bahnwache*“;
   - die Verbesserung von „*Kennzeichnung und Form der Notrufsprechstellen*“.

   Der Oberbürgermeister und die MVG werden durch den Stadtrat verpflichtet, die angekündigten Maßnahmen unverzüglich umzusetzen und dem Stadtrat ab November 2008 monatlich über den Stand der Umsetzung zu berichten.

2. Die Stadt informiert sich – unter laufender Beteiligung sowohl des Wirtschafts- als auch des Kreisverwaltungsausschusses – bei anderen Großstädten, die eine echte Videoüberwachung realisiert haben, über die technischen Möglichkeiten der Übertragung von Videobildern aus den Fahrzeugen in die Leitstelle bzw. die Polizeieinsatzzentrale und legt dem Stadtrat hierauf aufbauend ein Konzept zur Umsetzung der Videoüberwachung von Nahverkehrsmitteln auch in München vor.

Begründung:

Die im Bereich der MVG immer wieder bekannt werdenden Gewalttaten zeigen, wie überlebenswichtig ein optimal abgestimmtes Sicherheitskonzept gerade an solchen – je nach Tageszeit – wenig bevölkerten und begrenzt einsehbaren Orten ist. Der Sicherheitsstandard muss dabei ständig an die neuen Herausforderungen, insbesondere der wachsenden Gewaltbereitschaft und des immer häufiger werdenden Einsatzes von Hieb- und Stichwaffen im öffentlichen Raum, angepasst werden.

Die bisherigen Erfahrungen in München und anderen Großstädten zeigen, dass neben der Verfügbarkeit und Präsenz von Sicherheitskräften ein bestmöglich ausgebautes Notruf- und Videoüberwachungssystem einer der wichtigsten Garanten einer wirksamen Gewaltprävention ist.

Hierbei leidet München mittlerweile unübersehbar unter einer technischen Stagnation, weswegen es seine während des U-Bahn Auf- und Ausbaus in den 70er und 80er Jahren erkämpfte Vorreiterrolle mittlerweile zweifellos eingebüßt hat.

Die CSU-Stadtratsfraktion hat immer wieder versucht, den Oberbürgermeister diesbezüglich endlich zum Handeln zu bewegen. Unter dem Druck der Ereignisse einer Reihe öffentlich bekannt gewordener Gewalttaten hat das zuständige Referat für Arbeit und Wirtschaft im Januar d. J. zögerlich eine Beschlussvorlage erstellt, die zwar weit hinter den Forderungen der CSU zurückblieb, jedoch gleichwohl den Münchnern im damaligen Kommunalwahlkampf als sogenanntes „*Sicherheitskonzept*“ verkauft worden ist.

Nach nunmehr über 10 Monaten seit der Verkündung wäre es sicherlich nicht mehr zu früh, den damaligen Versprechungen Taten folgen zu lassen. Stattdessen zeichnet die Antwort des Referates für Arbeit und Wirtschaft auf eine diesbezügliche CSU-Stadtratsanfrage vom 24.06.2008 ein gleichermaßen entwaffnendes wie für die Münchner deprimierendes Bild:

- Von den vorgesehenen 570 U-Bahnwägen sind derzeit ganze 4 (!) mit Videokameras ausgerüstet.

- Von den versprochenen 90 Trambahnen ist derzeit noch keine einzige mit Video ausgerüstet. Angeblich sollte Ende August immerhin 1 Fahrzeug ausgerüstet werden.

- Was den Ausbau der Videoüberwachung in den Bahnhöfen angeht, ist die MVG nicht einmal in der Lage, präzise Angaben über die bisherige Abdeckung zu machen. Stattdessen werden die mangelhaften Informationen gegenüber den Stadtrat mit dem dreisten Hinweis gerechtfertigt, es reiche, „*wenn die Erfassung durch Videoanlagen von potenziellen Straftätern vermutet*“ werde! Seit Januar ist hier nichts passiert. Es wird pauschal auf die damaligen Verlautbarungen verwiesen, die von der MVG nach wie vor als „*aktuell*“ bezeichnet werden.

Was speziell die Videoüberwachung angeht, so wurde der Stadtrat durch die Sitzungsvorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Kreisverwaltungsausschuss am 15.01.2008 schlicht mit der Unwahrheit bedient. Auf Seite 10 der Sitzungsvorlage wird nämlich ausgeführt:

> „*Die neu beschafften Busse der MVG werden daher bereits seit einigen Jahren mit Videoüberwachung bestellt und eingesetzt.*“

Die Video*überwachung* ist – im Gegensatz zur reinen Video*aufzeichnung* – dadurch gekennzeichnet, dass sie durch Übertragung von Kamerabildern die zeitgleiche Überwachung durch Mitarbeiter im Betriebszentrum oder in der Polizeieinsatzzentrale ermöglicht. Erst in der Antwort auf die CSU-Stadtratsanfrage vom 24.06.2008 rückt die MVG insoweit mit der Wahrheit heraus, wenn sie darin auf Seite 5 zugibt:

> „*Eine Übertragung von Bildern aus den Fahrzeugen in Echtzeit in die Leitstelle ist nicht vorgesehen …*“

Gerade die Videoüberwachung ist es aber, die – wegen der sich daraus ergebenden Möglichkeit der sofortigen taktischen Reaktion der Sicherheitskräfte – eine direkte und damit spezialpräventive Wirkung entfaltet. Die Videoaufzeichnung hingegen kann nur der nachträglichen Strafverfolgung und damit allenfalls indirekt der Generalprävention dienen.

Initiative:

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Michael Kuffer
Stadtrat

Fraktion der CSU im Stadtrat
der Landeshauptstadt
München

80331 München
Rathaus, Zimmer 249 / II
Telefon 233 – 9 26 50
Telefax 2 91 37 65
csu-fraktion@muenchen.de

Stadtsparkasse München
Konto 2 196 (BLZ 701 500 00)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

**Antrag**
29.10.08

# Sicherheit im Bereich der MVG II
## Mobilfunkversorgung der U-Bahn nicht mehr auf die lange Bank schieben!

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die MVG wird verpflichtet, die Verhandlungen mit den Mobilfunkbetreibern über die Mobilfunkversorgung im Bereich des Münchner U-Bahn-Netzes zügig zu einem Abschluss zu führen und nicht länger zu verzögern.

2. Die MVG berichtet dem Stadtrat unverzüglich über den Stand der Verhandlungen mit den Mobilfunkbetreibern.

Begründung:

Die zunehmende Anzahl von Gewalttaten im Bereich der U-Bahn zeigen, wie wichtig und lebensrettend kurzfristig für jedermann erreichbare Notrufmöglichkeiten sein können. Dies gilt übrigens nicht nur für die Alarmierung von Polizei und U-Bahnwache, sondern gerade auch für die Alarmierung des Rettungsdienstes.

Die Funktionsfähigkeit der Mobiltelefone im Untergrund ist also – neben den stationären Sprechstellen – ein wichtiger Baustein der Rettungskette. Mobiltelefone sind mittlerweile in der Bevölkerung sehr weit verbreitet und bieten im Übrigen – was sich wiederum gerade bei medizinischen Notfällen auszahlt – den Vorteil, dass der Mitteiler zum Absetzen des Notrufes den Ort des Geschehens nicht verlassen muss. Deshalb befürwortet insbesondere die Polizei dringend die Schließung der – durch die fehlende Mobilfunkversorgung der U-Bahn (einschließlich Bahnsteigen und Sperrengeschossen) entstandene – Lücke in der Rettungskette.

Nachdem sich die MVG zehn Jahre lang vehement gegen das Angebot der Mobilfunkbetreiber, die U-Bahn in das GSM/UMTS-Netz einzubinden, gewehrt hat, wurde im Januar 2008 unter dem Druck der Ereignisse beschlossen,

„*… eine Arbeitsgruppe unter Federführung von Herrn König (MVG) unter Beteiligung von Polizei/Innenministerium, Feuerwehr, Mobilfunkbetreiber, S-Bahn, DB-Sicherheit und SWM/MVG …“* zu bilden, *„die klärt, wie die diversen funktechnischen Erfordernisse bestmöglich und am wirtschaftlichsten zusammengeführt sowie finanziert werden können.*“

Mit diesem Beschluss und seiner darauf folgenden Umsetzung scheinen Stadt und MVG ihre Taktik mittlerweile von Verhinderung auf Verzögerung umgestellt zu haben.

In der Beantwortung unserer Stadtratsanfrage begründete die MVG die erneute Verzögerung am 07.08.2008 mit der aus der angestrebten gemeinsamen Lösung, d. h. einer Verbindung von Mobilfunkversorgung und Ausrüstung des U-Bahnbereichs mit dem Digitalfunk für die BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) resultierenden technischen Schwierigkeiten. Die MVG führt hierzu aus:

„*Aus dem dargestellten Zusammenhang ergibt sich, dass zwar die Mobilfunkbetreiber am bisher kommunizierten Zeitplan festhalten wollen, aus den Anforderungen der Polizei aber möglicherweise Verzögerungen resultieren werden.*“

Richtig daran ist, dass im Zuge der Einführung des digitalen Behördenfunks auch die U-Bahn funktechnisch neu versorgt werden muss und dass man die hierfür erforderlich Schlitzkabel auch für die Mobilfunkversorgung nutzen kann.

Richtig ist aber auch, dass

- die Schlitzkabel längst in der U-Bahn verlegt wären – und sich mithin das von der MVG nunmehr in den Vordergrund gerückte Problem heute nicht mehr stellen würde –, wenn nicht die MVG die längste überfällige Umrüstung des Betriebsfunksystems der U-Bahn auf den für alle Oberflächenfahrzeuge längst eingeführten zivilen Digitalfunk (sog. M-Funk) seit Jahren vor sich herschieben würde;

- die Mobilfunkbetreiber die Schlitzkabel zwar nutzen können, sie aber nicht brauchen, weil für die Mobilfunkversorgung (anders als für den Digitalfunk) die punktuelle Anbringung von Antennen ausreicht;

- die Verlegung von Schlitzkabeln (insbesondere über die gesamten Tunnelstrecken) mit geschätzten Kosten von rund EUR 200 bis 300 pro Meter um ein vielfaches teurer ist, als die für die reine Mobilfunkversorgung ausreichende Anbringung von Antennen;

- die Mobilfunkbetreiber – anders als noch vor zehn Jahren, als sie der Stadt die Mobilfunkausstattung der U-Bahn zum ersten Mal angeboten haben – mittlerweile nur noch indirekten Nutzen aus zusätzlichen Handy-Telefonaten in der U-Bahn ziehen werden, weil immer mehr Handy-Nutzer mittlerweile über Flat-rate-Tarife telefonieren,

- und deshalb die Mobilfunkbetreiber nach aller Erwartung nicht bereit sein werden, für die Verlegung der Schlitzkabel zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen;

- der Zeitplan für die Einführung des digitalen Behördenfunks weit hinter der Notwendigkeit einer zeitnahen Mobilfunkversorgung in der Münchner U-Bahn zurückbleibt, weil bis Ende 2009 zwar die Oberflächenversorgung des digitalen Behördenfunks geplant ist, die Versorgung von Sonderobjekten wie der U-Bahn indes nicht vor 2010/2011 realistisch ist.

Es steht daher fest, dass die Einführung des digitalen Behördenfunks der MVG nicht weiter als Ausrede dafür dienen kann, die längst überfällige Mobilfunkausstattung der U-Bahn auf die lange Bank zu schieben. Die Verhandlungen sind daher auf die Vertragsgestaltung mit den Mobilfunkbetreibern, die weiterhin zu Ihrem Angebot der Einbindung der Münchner U-Bahn in das GSM/UMTS-Netz stehen, zu konzentrieren und zügig zu Ende zu führen.

Initiative:

Josef Schmid

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Michael Kuffer
Stadtrat

Fraktion der CSU im Stadtrat
der Landeshauptstadt
München

80331 München
Rathaus, Zimmer 249 / II
Telefon 233 – 9 26 50
Telefax 2 91 37 65
csu-fraktion@muenchen.de

Stadtsparkasse München
Konto 2 196 (BLZ 701 500 00)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

**Antrag**
29.10.08

**Sicherheit im Bereich der MVG III**
Kriminalitäts- und Gefährdungsschwerpunkte erkennen

Der Stadtrat möge beschließen:

> Die MVG ermittelt unter Beteiligung der Sicherheitsbehörden Kriminalitäts- und Gefährdungsschwerpunkte (insbesondere nach Örtlichkeit/Strecke und Tageszeit) im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und der dazugehörigen Anlagen der MVG und stellt diese dem Stadtrat dar.

Begründung:

Die CSU-Stadtratsfraktion hat bereits im Januar sowohl die personelle Aufstockung der U-Bahnwache, als auch den Einsatz von Zug begleitenden Sicherheitskräften im Bereich der U-Bahn gefordert. Wenngleich die immer neuen Gewalttaten im Bereich der MVG die Notwendigkeit leider fortlaufend bestätigen, hat die rot-grüne Stadtratsmehrheit die Ergreifung dieser Maßnahmen bisher verhindert.

Bis sich die Stadtspitze endlich zu den notwendigen Maßnahmen durchringt, muss daher zumindest schwerpunktmäßig dort Abhilfe geschaffen werden, wo Gewalttaten am wahrscheinlichsten auftreten.

Grundlage hierfür ist die Ermittlung eventueller Kriminalitäts- und Gefährdungsschwerpunkte zum einen aus den bisher bekannt gewordenen Vorfällen und zum anderen aus einer Gefährdungsanalyse der Sicherheitsbehörden.

Initiative:

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Michael Kuffer
Stadtrat

Josef Schmid Mechthilde Wittmann Tobias Weiß

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Marienplatz 8
80331 München

**Antrag**
29.10.08

**Verkehrsgutachten für die Schnittstelle der Stadtteile Untermenzing und Moosach**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Es wird ein Verkehrsgutachten für den gesamten Bereich zwischen westlich der Dachauer Straße, östlich der Bahnlinie, südlich der Ludwigsfelder Straße und nördlich der Allacher bzw. Von-Kahr-Straße erstellt.

**Begründung:**

Die Planungen für den Bebauungsplans Nr. 1616 b an der Brieger Straße, die bereits bestehende größere Bebauung an der Allacher Straße, sowie die Nachverdichtung im gesamten genannten Bereich, machen eine Analyse der Verkehrsströme unausweichlich.

Die bisher ungelöste Problematik einer fehlenden Verbindung zur Ludwigsfelder Straße und stadtplanerisches Zusammenwachsen der beiden Stadtteile machen es erforderlich nicht nur partiell über einzelne Straßen oder Straßenführungen zu sprechen, sondern ein Gesamtkonzept für das gesamte Gebiet zu entwickeln.

Das Zusammenleben von Industrie- und Wohngebieten in diesem Bereich, sowie eine intelligente Verkehrsführung zur Vermeidung von unnötigem Durchgangsverkehr erfordern ein ganzheitliches Gutachten für den gesamten Umgriff.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Mechthilde Wittmann
Stadträtin

Tobias Weiß
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de